An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend Videoüberwachung, eingereicht von Gemeinderat M. Wäckerlin (PP)

Am 30. August 2010 reichte Gemeinderat Marc Wäckerlin namens der GLP/Piratenpartei-Fraktion mit 17 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

"1. Welche Videokameras existieren auf dem Hoheitsgebiet der Stadt, was überwachen sie, wie zeichnen sie auf, wie und wozu werden die Bilder ausgewertet?"

2. Weiss die Stadt, welche Kameras im öffentlich zugänglichen Raum auf fremdem Hoheitsgebiet existieren, z.B. in und um Geschäfte oder im Bahnhofsareal?"

3. Wie stellt die Stadt sicher, dass sich alle Betreiber von Kameras an die gesetzlichen Vorgaben halten, wie wird das überprüft, gibt es regelmässige Kontrollen?"

4. Wie stellt die Stadt sicher, dass Kameras von Dritten, die an städtisches Gebiet grenzen, dieses nicht einsehen können?"

5. Gibt es eine Strategie zum Einsatz von Kameras?"

6. Wie wird der Erfolg der Kameras und allfällige unerwünschte Nebenwirkungen überprüft? Gibt es Studien zur Wirksamkeit der Kameras in Winterthur?"

Die Piratenpartei steht dem Einsatz von Überwachungsmassnahmen, zu denen auch Videokameras gehören, sehr kritisch bis ablehnend gegenüber. Bei vermehrter Kameraüberwachung besteht zum Beispiel eine Gefahr darin, dass sich die Menschen unter Beobachtung überangepasst verhalten. Es kann auch nicht unser Ziel sein, den Bürgern den Eindruck zu vermitteln, dass sie bei jedem Schritt überwacht werden.

Es ist modern, die Überwachungsrate von Kameras laufend zu erhöhen, aber kaum jemand macht sich Gedanken zu Sinn und Zweck dieser Massnahmen. Dabei werden die möglichen Einblicke in die Handlungen der Bürger immer umfassender. Auf der anderen Seite gibt es sehr wenige Statistiken über den Erfolg der Kameras, und die wenigen Statistiken, die es gibt, zeigen eher, dass Kameras nicht zum gewünschten Erfolg führen. Der Einsatz von Kameras soll zumindest sorgfältig durchdacht und abgewogen werden; Wirkungen und Nebenwirkungen sollen laufend überprüft werden.

Eine Studie zur Videoüberwachung in der Berliner U-Bahn konnte beispielsweise keinen Sicherheitsgewinn nachweisen: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Studie-Videoueberwachung-in-Berliner-U-Bahn-brachte-keinen-Sicherheitsgewinn-183294.html>

Eine Auswertung mehrerer Studien ergab, dass die Wirksamkeit von Kameraüberwachung vor allem dann gegeben ist, wenn dabei die Beleuchtung verbessert wird, woraus sich schliessen lässt, dass bereits eine Verbesserung in der Beleuchtung einen Sicherheitsgewinn erbringen kann. Eine solche Massnahme wäre in jeder Hinsicht vorzuziehen und auch bürgerfreundlicher: Nebst dem realen Sicherheitsgewinn und dem subjektiven Sicherheitsgefühl dient eine bessere Beleuchtung auch dem Komfort."

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Die Thematik "Videoüberwachung" stösst allenthalben auf grosses Interesse, wobei das Spektrum der Meinungen dazu weit auseinander geht: Während die befürwortenden Kreise grosse Hoffnungen in die präventive Wirkung von Überwachungskameras setzen und auf

erzielte Erfolge bei der Aufklärung von Straftaten verweisen, mahnen die Stimmen im kritischen Lager vor der Gefahr einer überbordenden Überwachung in Verletzung elementarer Freiheitsrechte der betroffenen Bevölkerung. In diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Schutzinteressen hat der Stadtrat in den vergangenen Jahren bereits zwei parlamentarische Vorstösse zum Thema der Videoüberwachung beantwortet: Am 3. Oktober 2001 die Interpellation betreffend "Big Brother is watching us" von Gemeinderat Adrian Ramsauer (GGR-Nr. 2001/045) sowie am 21. Juni 2006 die Schriftliche Anfrage betreffend "wachsames Auge" von Gemeinderat David Berger (GGR-Nr. 2006/021). In diesem Zusammenhang hat der Stadtrat umfassend zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Videoüberwachung Stellung genommen und im Einzelnen dargelegt, an welchen Orten in der Stadtverwaltung Videokameras zum Einsatz gelangen. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird an dieser Stelle vorab auf die diesbezüglichen Ausführungen verwiesen; der Stadtrat nimmt aber auch gerne die Gelegenheit wahr, um im Rahmen der Beantwortung vorliegender Interpellation auf die aktuelle Situation in der Stadt Winterthur bezüglich Videoüberwachung vertieft einzugehen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

"Welche Videokameras existieren auf dem Hoheitsgebiet der Stadt, was überwachen sie, wie zeichnen sie auf, wie und wozu werden die Bilder ausgewertet?"

In den verschiedenen Departementen der Stadt Winterthur sind an den folgenden Orten Videokameras im Einsatz:

Das Departement Kulturelles und Dienste setzt Videokameras in den öffentlichen Museen ein, wo sie dem Schutz der wertvollen Ausstellungsgüter dienen. Die Bilder werden nicht regelmässig ausgewertet, sondern nur dann, wenn besondere Vorkommnisse dies rechtfertigen. Weiter sind zwei Kameras im Vorraum der Stadtbibliothek installiert, welcher mittels Bibliothekskarte rund um die Uhr für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Schliesslich wird auch im Theater Winterthur eine Kamera eingesetzt, dies jedoch bloss als Hilfsmittel der Regie; eine Videoüberwachung im engeren Sinn ist hier nicht gegeben, insbesondere sind Personen im Publikum nicht erkennbar.

Das Departement Bau setzt Videoüberwachung gezielt bei den städtischen Sammelstellen ein, um das dort oft festgestellte illegale Entsorgen von Haushaltkehricht und Sperrgut einzudämmen. Die aufgezeichneten Bilder werden sporadisch ausgewertet; dabei festgestellte Verstösse werden bei der Polizei zur Anzeige gebracht.

Im Departement Sicherheit und Umwelt setzt die Stadtpolizei Videoüberwachung im Aussenbereich der Polizeigebäude, im (nicht öffentlichen) Polizeihof und in den städtischen Parkhäusern ein; die Kameras dienen in erster Linie dem Schutz der städtischen Infrastrukturen vor Sachbeschädigungen. Reinen Überwachungscharakter haben sodann auch die von der Feuerwehr betriebenen Kameras bei den verschiedenen Eingängen in das Feuerwehrgebäude und in der – grundsätzlich nicht öffentlichen – Fahrzeughalle.

Im Departement Schule und Sport setzt das Sportamt Videoüberwachungen beim Kiosk auf dem Sportplatz Sporrer, bei den gedeckten Sitzplätzen auf den Sportplätzen Flüeli, Hegmatten und Steinacker sowie bei den Aussenwaschanlagen des Sportplatzes Steinacker ein. Das Hallenbad Geiselweid ist ausgestattet mit zwei Unterwasserkameras zur Überwachung des grossen Beckens und einer Überwasserkamera beim Nichtschwimmerbecken. Zudem

werden die Eingangsbereiche (bei den Drehkreuzen) und die Korridore im Hallenbad Geiselweid videoüberwacht. Im Stadion Schützenwiese kontrollieren sieben Kameras den Eingangsbereich und die Korridore. Im Weiteren wird der Zutrittsbereich zur Leichtathletikanlage Deutweg und der Haupteingang sowie der Korridorbereich mit den Garderobeschränken in der Eishalle Deutweg mit Kameras überwacht. Ferner ist das Schulhaus Heiligberg zu Überwachungszwecken mit zwei Videokameras bestückt.

Das Departement Soziales setzt Videokameras zur Überwachung von Hauseingängen in den Alterszentren Adlergarten und Brühlgut ein (insgesamt fünf Kameras). Weiter ist im Warteraum der Institution "Ikarus" für Patienten/innen der Methadon- und Heroinabgabeprogramme eine Kamera installiert, um dort den Handel mit illegalen Substanzen zu unterbinden. Schliesslich betreibt die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP in der Velostation Stellwerk Railcity zur Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie gegen Vandalismus und Diebstähle acht Kameras.

Im Departement Technische Betriebe hat Stadtwerk derzeit drei Kameras im Einsatz: Je eine überwacht die Materialanlieferung beim Werkhof an der Unteren Schöntalstrasse und die Einfahrt bei der Kehrichtverbrennungsanlage an der Scheideggstrasse 50, während eine dritte als Webcam beim Unterwerk Töss an der Agnesstrasse installiert ist. Wenn bis Ende März 2011 wie geplant alle neuen Hess-Trolleybusse bei Stadtbus im Einsatz sind, werden auf den Hauptlinien 1 - 3 insgesamt 22 Trolleybusse mit Videoüberwachung unterwegs sein (21 HESS-Busse und 1 Solaris Trollino) sowie jene 6 Dieselautobusse, die für den Nachtbus vorwiegend in der Region Winterthur eingesetzt werden.

Das Departement Finanzen setzt zwei Überwachungskameras an der Aussenfassade des Stadthauses ein.

Zur Frage 2:

"Weiss die Stadt, welche Kameras im öffentlich zugänglichen Raum auf fremdem Hoheitsgebiet existieren, z.B. in und um Geschäfte oder im Bahnhofsareal?"

Die Stadt führt keine Register über die auf privatem Grund eingesetzten Videoüberwachungsanlagen. Hierzu besteht denn auch keine gesetzliche Verpflichtung, und es darf gar bezweifelt werden, ob die Stadt überhaupt berechtigt wäre, eine entsprechende Datenbank zu führen. So liegt es letztlich im Ermessen der privaten Eigentümerschaft, ob sie ihr Privat-areal öffentlich zugänglich ausgestalten will oder nicht. Wenn Privatgrund – bspw. in einem Ladengeschäft oder in einer Einkaufspassage – öffentlich zugänglich ist und mittels technischen Massnahmen videoüberwacht wird, sind indessen die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Soweit Private eine Videoüberwachungsanlage einsetzen, um damit Vorgänge auf ihrem privaten Grund aufzunehmen, unterstehen sie dem Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992. Demnach darf Videoüberwachung eingesetzt werden, wenn ein damit möglicher Eingriff in die Persönlichkeitsrechte durch die Zustimmung der betroffenen Personen, durch ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse oder durch ein Gesetz gerechtfertigt ist. Weiter muss die Videoüberwachung das Verhältnismässigkeitsprinzip beachten; sie muss mit andern Worten geeignet und notwendig sein, um den verfolgten Sicherheitszweck, insbesondere den Schutz von Personen und/oder Sachen, zu erreichen (vgl. dazu das Merkblatt "Videoüberwachung durch private Personen", herausgegeben vom eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten¹).

¹ abrufbar unter www.edoeb.admin.ch

Zu den Fragen 3 und 4:

"Wie stellt die Stadt sicher, dass sich alle Betreiber von Kameras an die gesetzlichen Vorgaben halten, wie wird das überprüft, gibt es regelmässige Kontrollen?"

"Wie stellt die Stadt sicher, dass Kameras von Dritten, die an städtisches Gebiet grenzen, dieses nicht einsehen können?"

Der Vollzug der erwähnten Vorschriften des Bundesgesetzes über den Datenschutz obliegt in erster Linie dem eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Grundlagen ist die Stadt nicht verpflichtet und grundsätzlich auch nicht berechtigt, Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der besagten Vorschriften durch Private zu überprüfen. Selbstverständlich weisen aber die städtischen Fachstellen auf entsprechende Anfragen auf die bestehenden gesetzlichen Grundlagen hin. So gelangen beispielsweise immer wieder einmal Gewerbetreibende oder auch interessierte Privatpersonen an den Rechtsdienst der Stadtpolizei, um sich zu erkundigen, ob und unter welchen Umständen sie eine Videoüberwachung installieren dürfen. Bei dieser Gelegenheit werden die Betreffenden unter anderem ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Überwachung strikte auf den eigenen Privatgrund zu beschränken habe; falls eine bestimmte Kameraeinstellung unweigerlich auch öffentlichen Grund – oder gar ein privates Nachbargrundstück – erfassen sollte, so müssen diese Aufnahmebereiche grundsätzlich durch physische oder technische Massnahmen abgedeckt werden.

Verletzen Privatpersonen mit technischen Aufnahmegeräten den Privat- oder gar den Geheimbereich anderer, kann dies überdies eine strafbare Handlung im Sinne der Art. 179bis ff. des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) darstellen. Alle diese Straftaten haben die Gemeinsamkeit, dass sie als Antragsdelikte ausgestaltet sind. Das bedeutet, dass die Strafverfolgungsbehörden erst dann tätig werden dürfen, wenn ein Strafantrag eines oder einer Geschädigten vorliegt.

Zur Frage 5:

"Gibt es eine Strategie zum Einsatz von Kameras?"

Grundsätzlich macht die Stadtverwaltung von der Videoüberwachung nur sehr zurückhaltend und gestützt auf eine umfassende Interessenabwägung Gebrauch. Auf dieser Grundlage wurde dieses Instrument bislang bewusst nicht basierend auf einer allgemein verbindlichen Strategie, sondern letztlich aufgrund einer Einzelfallbeurteilung eingesetzt. Dieses Vorgehen hat sich grundsätzlich bewährt, kann doch auf diese Weise in jedem konkreten Anwendungsfall eine rechtlich einwandfreie und damit auch die Grundrechte der betroffenen Personen bestmöglich wahrende Lösung getroffen werden. Auch kann auf dem Weg der Einzelfallbeurteilung der in der Interpellationsbegründung geäusserten Befürchtung, kaum jemand mache sich Gedanken zu Sinn und Zweck von Videoüberwachungsmassnahmen, entgegen getreten werden: Gerade weil die Stadt Winterthur diese Massnahme nicht nach generellen strategischen Richtlinien quasi flächendeckend gesamtstädtisch einsetzt, ist gewährleistet, dass die Videotechnik gezielt nur gerade dort zur Anwendung gelangt, wo sie unter Sicherheits Gesichtspunkten effektiv angezeigt ist und den verschiedenen tangierten Interessen ausgewogen Rechnung getragen werden kann. Das bedeutet aber nicht, dass einer kommunalen Strategie zum Einsatz von Videoüberwachung die Zweckmässigkeit a priori abgesprochen werden soll.

In diesem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, dass zur Thematik der Videoüberwachung durch öffentliche Organe heute bereits eine detaillierte gesetzliche Regelung besteht, wodurch auf demokratisch legitimer und rechtlich fundierter Grundlage genau umschrieben ist, welche Überwachungsmassnahmen zulässig sind und welche Schutzvorkehrungen gegen potentielle Missbräuche getroffen werden müssen. Der zuweilen noch an-

zutreffenden Auffassung, bei der staatlichen Videoüberwachung des öffentlichen Raums handle es sich nach wie vor um eine unzureichend normierte Materie in einem rechtlichen Graubereich, wo Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte an der Tagesordnung seien, ist demnach klar zu widersprechen. Vielmehr ist der dem Gemeinwesen offen stehende Spielraum für den Einsatz von Videoüberwachung im öffentlichen Raum durch einen klar definierten und verbindlichen gesetzlichen Rahmen eng begrenzt: Für den Einsatz von Videoüberwachung durch die städtischen Behörden sind insbesondere die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007 (IDG) anwendbar. Nach dessen § 8 muss eine von der Stadt eingesetzte Videoüberwachung auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen und dem Prinzip der Verhältnismässigkeit entsprechen. Zwecks Konkretisierung dieser Rahmenbedingungen hat der Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich einen Leitfaden "Videoüberwachung durch öffentliche Organe"² erstellt, der den städtischen Verwaltungsträgern als Orientierungshilfe dient. Um den bei Teilen der Bevölkerung gleichwohl bestehenden Bedenken gegenüber dem Einsatz von Videoüberwachung durch staatliche Organe besonders Rechnung zu tragen, hat die Stadtverwaltung ihre Überwachungsanlagen auch stets in einvernehmlicher Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Winterthur realisiert.

Was den Einsatz präventiver Videoüberwachung aus rein polizeilichen Motiven betrifft, besteht im Kanton Zürich derzeit noch eine regulatorische Lücke: Soweit eine Videoüberwachungsmassnahme besondere Personendaten im Sinn von § 3 Abs. 3 lit. a IDG beschlägt, ist dafür eine hinreichend bestimmte Regelung in einem formellen Gesetz notwendig. Das Schweizerische Bundesgericht hat nun aber eine im – vom Stimmvolk mit grosser Mehrheit angenommenen – Zürcher Polizeigesetz enthaltene Regelung im Herbst 2009 aufgehoben. Es hielt auf eine staatsrechtliche Beschwerde hin im Wesentlichen fest, dass die Bestimmung in § 32 des Polizeigesetzes zu offen formuliert sei. Darum ist im Kanton Zürich nun bis auf Weiteres eine rein präventive Überwachung des öffentlichen Raums durch die Polizei – beispielsweise an bekannten Brennpunkten, wo in der Öffentlichkeit mit Drogen gehandelt wird oder wo es regelmässig zu gewalttätigen Übergriffen kommt – nicht mehr möglich. In Absprache mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten dürfen die bereits in Betrieb stehenden Überwachungskameras der Polizei aber weiterhin genutzt werden. Das bedeutet, dass die Kameras in und um den Polizeihof in der Altstadt auch weiterhin betrieben werden können, zumal diese keine besonderen Personendaten im gesetzlichen Sinn aufzeichnen.

Der Stadtrat verfolgt die derzeit auf kantonaler Ebene laufenden Arbeiten zur Neuformulierung eines Grundsatzartikels zur polizeilichen Videoüberwachung mit grossem Interesse, ist er doch der Überzeugung, dass Überwachungskameras, mit der gebotenen Zurückhaltung eingesetzt, als zweckmässiges und wirksames Instrument zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen können. Die Videoüberwachung ist aber keineswegs ein polizeitaktisches Patentrezept: Sie soll nicht isoliert eingesetzt werden, sondern nur im Zusammenwirken mit anderen polizeilichen Massnahmen, wie Patrouillen und gezielten Kontrollen. Dabei versteht es sich von selbst, dass gerade die Videoüberwachung durch die Polizei als Hüterin der öffentlichen Ordnung die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorbildlich zu erfüllen hat. Das bedeutet, dass die Polizei die Verhältnismässigkeit des Einsatzes von Videotechnik jeweils besonders sorgfältig abklären muss.

Weil noch Unklarheit über die genaue Ausgestaltung einer gesetzlichen Grundlage für die präventive Videoüberwachung im kantonalen Polizeigesetz besteht, ist derzeit auch noch ungewiss, ob überhaupt und gegebenenfalls in welche Richtung eine zusätzliche Regulierung der Videoüberwachung auf kommunaler Ebene im Rahmen des übergeordneten Rechts zulässig ist und für die Praxis auch sinnvoll sein könnte. Der Stadtrat will deshalb zuerst den Erlass der kantonalen Regelung im Polizeigesetz abwarten und erst danach über eine zusätzliche Steuerung des Einsatzes von Videoüberwachung durch die Stadtverwaltung entscheiden. Denkbar wären, falls dafür nach Massgabe des übergeordneten Rechts genügend

² abrufbar unter www.datenschutz.zh.ch/Publikationen

Raum besteht, entweder Vorgaben auf strategischer Ebene oder ein städtisches Reglement, das die Videoüberwachung im öffentlichen Raum näher regelt. In diesem Zusammenhang sollen auch die aktuellen städtischen Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Videoüberwachung überprüft werden.

Für die in den Fahrzeugen von Stadtbus eingesetzten Videoüberwachungsanlagen bestehen spezielle gesetzliche Grundlagen, einerseits im Bundesgesetz über die Personenbeförderung vom 20. März 2009 (PBG; vgl. Art. 55) und andererseits in der bundesrätlichen Verordnung über die Überwachung im öffentlichen Verkehr vom 4. November 2009 (VüV-öV).

Zur Frage 6:

"Wie wird der Erfolg der Kameras und allfällige unerwünschte Nebenwirkungen überprüft? Gibt es Studien zur Wirksamkeit der Kameras in Winterthur?"

Dem Stadtrat sind keine Studien zur Wirksamkeit der Überwachungskameras in Winterthur bekannt. Wie bereits einleitend erwähnt, wird über die mit Videoüberwachung verbundenen Chancen und Gefahren kontrovers diskutiert. Ganz allgemein darf sicher festgestellt werden, dass Videoüberwachung, wie bereits erwähnt, nicht als "Allheilmittel" gegen jegliche Ordnungswidrigkeiten und Kriminalität aller Art dienen kann.

Fachleute der Universität Basel stellten fest, dass die zurzeit vorliegende wissenschaftliche Evidenz zur Wirksamkeit von Kameraüberwachung ein äusserst heterogenes Bild zeige³. Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Evaluationsstudie zur Videoüberwachung auf Bahnhofsvorplätzen im deutschen Bundesland Brandenburg hat ergeben, dass eine dort installierte Videoüberwachung zwar eine deutliche Kriminalitätsverminderung bewirkt hat, dies aber nur hinsichtlich bestimmter Arten von Delikten: Vermögensdelikte wie Diebstahl und Sachbeschädigungen haben abgenommen, während Gewaltdelikte wie Körperverletzung und Raub eher konstant geblieben sind; bei letzteren Deliktsarten können durch Videoüberwachung aufgezeichnete Bilder aber als wertvolle Beweismittel dienen, um die Täterschaft zu überführen. Auch zeigte die besagte Evaluationsstudie auf, dass die von kritischen Stimmen befürchteten Verdrängungseffekte, wonach sich die Kriminalität nach dem bekannten Einsatz von Videoüberwachung einfach von überwachten in nicht überwachte Räume verlagere, sich nicht bewahrheiten⁴. Was sodann den Einsatz von Überwachungskameras in öffentlichen Verkehrsmitteln anbelangt, stellen die Verantwortlichen der Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich fest, dass die Videoüberwachung in den Fahrzeugen der VBZ bei Personal, Kundschaft und Öffentlichkeit gut akzeptiert sei; ihre präventive Wirkung helfe, Fälle von Vandalismus und Bedrohungen bzw. Übergriffe zu reduzieren. Auch weisen die VBZ darauf hin, die investierten Mittel stünden in einem guten Verhältnis zum erzielten Nutzen, weshalb die Videoüberwachung weiterhin gezielt ausgebaut werde⁵.

Durchwegs positive Erfahrungen mit der Videoüberwachung werden auch in Winterthur, etwa bei den städtischen Sammelstellen, gemacht. Seitdem dieses technische Hilfsmittel eingesetzt wird, ist die illegale Kehrichtentsorgung erfreulicherweise massiv zurückgegangen. Gestützt auf die ausgewerteten Bildaufnahmen kommt es aber trotzdem immer noch zu mehreren hundert Strafanzeigen pro Jahr, was verdeutlicht, wie nötig eine Überwachung der Sammelstellen nach wie vor ist. Präventive Wirkung hatte auch die Installation der Kameras an den Aussenfassaden der Polizeiliegenschaften, sind doch seither Schmierereien und Vandalismus selten geworden. Dieselben positiven Feststellungen werden auch im Bereich

³ Prof.Dr. Alois Stutzer, lic.oec.publ. Michael Zehnder, Universität Basel, in "3. Zürcher Präventionsforum - Videoüberwachung als Prävention?", Zürich/Basel/Genf 2010, S. 125 f.

⁴ Prof.Dr. Manfred Bornewasser, Universität Greifswald, a.a.O., S. 150 f.

⁵ Michel Laux, Geschäftsführung Projekte Betrieb, Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich, "Der präventive Einsatz von Videokameras im öffentlichen Verkehr" anlässlich der Tagung "Videoüberwachung als Prävention" des Zürcher Präventionsforums vom 21. April 2010

der Sportanlagen gemacht. Schliesslich ist es zu wesentlichen Teilen dem Einsatz mobiler Videoüberwachung zu verdanken, dass anlässlich des seinerzeitigen "Botellóns" in der Steinberggasse vor rund zwei Jahren zahlreiche Straftaten innert kürzester Zeit aufgeklärt und die Täter teilweise direkt vor Ort gefasst werden konnten.

Ungeachtet dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse und positiven Erfahrungsberichte bleibt aber zu berücksichtigen, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung der Verwendung technischer Überwachungsmaßnahmen weiterhin kritisch mit unguten Gefühlen bis offen ablehnend gegenüber steht. Der Stadtrat ist daher der Überzeugung, dass die Videoüberwachung nur dann zum Zuge kommen soll, wenn eine sorgfältige Abwägung der Interessen im konkreten Einzelfall den Einsatz als sinnvoll und verhältnismässig erscheinen lässt. Dies gilt aber nicht nur beim Entscheid, ob eine Videoüberwachung eingeführt werden soll, sondern gleichermassen auch bei der Prüfung der Frage, ob eine einmal eingeführte Videoüberwachung die ursprünglich gesetzten Ziele heute nach wie vor erfüllt oder nicht; dies entspricht dem in Art. 170 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 statuierten Gebot der Wirksamkeitsüberprüfung.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Stadtrat das Instrument der Videoüberwachung mit der gebotenen Zurückhaltung auch weiterhin zum Schutz vor Straftaten einsetzen will. Aufgrund der in gewissen Teilen der Bevölkerung bestehenden grundsätzlichen Vorbehalte gegen den Einsatz der Videotechnik achtet er aber in besonderem Mass darauf, dass nur dort zu diesem Mittel gegriffen wird, wo dies eine Abwägung der verschiedenen betroffenen Interessen unter Sicherheitsgesichtspunkten klar als angezeigt erscheinen lässt.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder